

mittendrin

Ausgabe 07-08 / 2018 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding



Sommer in Mitte



© Fotos: Orlando el Mondry



+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

28. Juli 2018, 14 – 22 Uhr

„Fiesta de Solidaridad“ in der Parkaue Lichtenberg, Nähe S- und U-Bhf. Frankfurter Allee

Musik, Vorträge, Ausstellungen und Diskussionen, Baseball, Boxen und Domino und über 50 Stände mit karibischen Cocktails, leckerem Essen, Infos aus Kuba und Lateinamerika sowie interessanten Gesprächen

Mehr unter www.cuba-si.org

DIE LINKE.
Bezirksverband Mitte
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Amt

Ankommen in Mitte – und der Beitrag der Einbürgerungsstelle

In den letzten Jahren hat die Zuwanderung nach Deutschland stark zugenommen, das ist auch im ohnehin international geprägten Bezirk Mitte spürbar.

Menschen aus allen Teilen der Welt kommen hierher, aus ganz unterschiedlichen Gründen, mit unterschiedlichen Motiven. Doch „hier sein“ und „angekommen sein“ sind zwei – gerade aus Sicht der Einwander*innen – sehr verschiedene Dinge. Wer gleich seinen Nachbar*innen am gesellschaftlichen Leben partizipieren möchte, stößt schnell an Grenzen. Sei es die Teilnahme an Wahlen, sei es der Zugang zu sozialen Leistungen, das hängt u.a. ab vom Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft. Die Einbürgerungsstelle des Bezirks ist für alle Menschen in Mitte, die die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten möchten, die zuständige Stelle. Hier reichen Menschen mit russischer, britischer, libanesischer, polnischer, türkischer und nahezu jeder ande-

ren Staatsbürgerschaft und verschiedenster Herkünfte dieser Welt ihre Anträge auf die Einbürgerung ein. Etwa 15 Mitarbeitende in der Einbürgerungsstelle beraten die Antragssteller*innen und bearbeiten die zum Teil hochkomplexen und schwierigen Vorgänge. Ein solcher Prozess dauert manchmal nur wenige Monate, vielfach ein Jahr, kann sich aber auch über viele Jahre erstrecken, insbesondere dann, wenn notwendige Unterlagen aus dem Herkunftsstaat nicht vorliegen und nur schwer beizubringen sind.

Auch die personelle Ausstattung der Einbürgerungsstelle spielt eine Rolle. Einige Mitarbeitende mehr könnten helfen, die Antragszeiträume zu verkürzen. Das Bezirksamt hat dies erkannt und stellt im laufenden Jahr auch in diesem Bereich neu ein bzw. hat dies schon getan. Wie wichtig die Möglichkeit der Einbürgerung ist, machen viele der Eingebürgerten bei der bezirklichen Einbürgerungszeremonie



Bekennnis zur Einwanderung muss ins Grundgesetz!

deutlich. Sie berichten nicht selten unter Tränen, die Einbürgerungsurkunde und der Pass stünden für sie sinnbildlich für das Angekommensein und das Akzeptiert-worden-sein: die Urkunde sagt, dass man nun Staatsbürger*in der Bundesrepublik Deutschland ist. Für die Eingebürgerten bedeutet das, gleich zu sein mit den Nachbar*innen. Für den Bezirk bedeutet es – das zeigen die Veranstaltungen deutlich – eine bereichernde Vielfaltigkeit, was Erfahrungen, Fähigkeiten und Talente der Menschen in Mitte angeht.

Sandra Obermeyer

Aus der BVV

Hostel-Unterbringung von Geflüchteten

Am 21. Juni traf sich die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte zum letzten Mal vor der Sommerpause.

Der Antrag der Linksfraktion „Geflüchtete in Hostels – ein Ist-Stand“ wurde einstimmig von der BVV angenommen. Damit bekommen die Verordneten einen halbjährlichen und damit aktuellen Stand über die Anzahl der untergebrachten Personen, die angemieteten Kapazitäten pro Hostel, Kosten, Anzahl der Hostels sowie Hostelnamen und Betreiber. Dies gibt der Linksfraktion die Daten an die Hand, um zu überprüfen, ob die Maßnahmen, um die Geflüchteten aus den Hostels herauszuholen und in Wohnungen oder wenigstens vernünftige Unterkünfte zu bringen, funktionieren.

Die Unterbringung in Hostels war eigentlich als Notlösung gedacht, doch wie die meisten Notlösungen wurden sie zu einer Dauerlösung. Es gibt keine Mindeststandards für die Unterbringung in Hostels und so gut wie keine Kontrolle. Schon seit 2015 gibt es

Berichte über menschenunwürdige Zustände. In einem Hostel, das Platz für 208 Touristen hat, sollen über 700 Geflüchtete untergebracht sein. Zugangsbeschränkungen für Flüchtlingshelfer, Vermüllung und viel zu wenig Platz sind die Probleme in den Hostels. Dazu kommen noch hohe Kosten für die Stadt. Dass sich einige Hostels so durch Geflüchtete bereichern, ist ein Beweis für die Hilflosigkeit und das Versagen des Staates, das im Jahr 2015 zu Tage trat. Jetzt müssen die damals durch unfähige Politik verursachten Probleme beseitigt werden. Der Bau weiterer Modularer Unterkünfte für Flüchtlinge (MUFs) durch den Rot-Rot-Grünen Senat ist ein wichtiger erster Schritt, aber langfristig muss das Ziel sein, dass jeder in einer Wohnung unterkommt.



Willkommen: Zusammengepfercht auf kleinstem Raum

Die große Anfrage der Linksfraktion zum gleichen Thema konnte leider nicht mehr behandelt werden, weil Stadtrat Carsten Spallek (CDU) 45 Minuten lang auf dringliche und große Anfragen der SPD geantwortet hat, die wortgleich mit den Antworten gegeben hat.

Andreas Böttger
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE.
in der BVV Berlin-Mitte

Menschen in Mitte im Sommer 2018

Reisen, feiern, gärtnern, lernen, malen, laufen ...

Seit 2004 hat die „Mittendrin“ 140 Mal Menschen in Mitte vorgestellt. Autor Matthias Herold befragte einige von ihnen, wie sie die diesjährigen Sommermonate Juli und August verbringen werden.

Gregor von der Wall, Geograph, Schul- und Nachbarschaftsgarten MAX Pflanzen:

Unser Schul- und Nachbarschaftsgarten MAX Pflanzen hinter dem Max-Planck-Gymnasium in der Singerstraße ist wieder in voller Blüte. Zu meiner Freude sind in diesem Frühjahr noch mehr Hobbygärtner aus der Umgebung zu uns gekommen, bauten Tomaten, Gurken, Kürbisse und viele Blumen an. Neue Erde haben wir für weitere Hochbeete anliefern lassen.

Inzwischen interessieren sich für unsere Oase inmitten des Wohngebietes das Netzwerk City-Makers, die Robert-Bosch-Stiftung und sogar ein chinesischer Schrebergärtner aus Shanghai. Im Sommer gießen, grillen und feiern wir jede Ernte gemeinsam.



Maria Cristina Miranda, Malerin:

In diesem Sommer bereiten wir Chilenen und viele Freunde hier mit vielfältigen Veranstaltungen den 45. Jahrestag des faschistischen Militärputsches und der Ermordung von Präsident Salvador Allende vor. Ich arbeite mit an einer Ausstellung, male dafür mein bisher größtes und meiner Meinung nach bestes Bild, das den ermordeten und gefolterten Frauen gewidmet ist. Bei meinem jüngsten Besuch in Santiago und Vina del Mar bemerkte ich die Versuche rechter Parteien, die positive demokratische und soziale Entwicklung Chiles wieder rückgängig zu machen - wie in Venezuela und Nicaragua.



Sven Diedrich, Öffentlichkeitsarbeit Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen:

Mein Urlaubsziel für drei Wochen im August ist Kaliningrad in der russischen Exklave an der Ostsee. Mit meinem Auto will ich 600 Kilometer durch eine landschaftlich sehr schöne und historisch hoch interessante Region fahren. Um mein Schulrussisch aufzufrischen, habe ich mich schon bei einer internationalen Sprachschule angemeldet. Ich freue mich auf Begegnungen und Gespräche mit den Menschen. Auf meinem Programm stehen auch Ausflüge an die Kurische Nehrung, zu den wunderschönen Stränden an der Ostsee, Konzerte im Dom und die Suche nach Spuren des alten Kant.



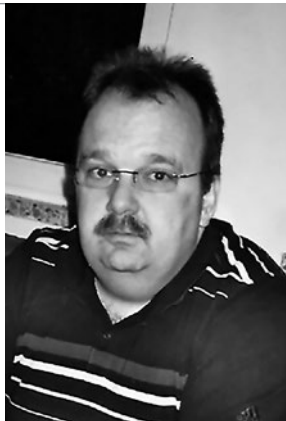
Bettina Beisert, Bildmischerin, Rentnerin:

Sehr gespannt bin ich auf eine elftägige Schiffsreise im August von Kiew über den Strom Dnepr und das Schwarze Meer, bereise ich doch eine Region, die gegenwärtig im internationalen Spannungsfeld liegt. Ich werde meine Hoffnungen auf Entspannung und Frieden mitnehmen. Zuvor habe ich als ehrenamtliche Mitarbeiterin der Volkssolidarität für Juli eine Tagesbusfahrt zur Gläsernen Molkerei in Münchehofe organisiert. Dort wollen wir beobachten, wie die dortigen Spezialitäten Heumilch, der Landkäse mit Bockshornklee-Samen und der Sahnequark produziert werden.



Kai-Thomas Arndt, Vorsitzender des Sportvereins ABC Zentrum Berlin e.V.:

Auf einer Griechenland-Reise habe ich mir jüngst in Olympia neue Inspirationen für unseren Athletik- und Ballspielclub auf dem Areal zwischen Holzmarkt- und Singerstraße geholt. Am 27. Juli fahren wir nach Dohna in Sachsen, wo wir den traditionellen Müglitztallauf unterstützen. Auf dem Tempelhofer Feld organisieren wir am 3. August einen weiteren Lauf mit Markt für Menschen mit Depressionen sowie am 28. August zusammen mit dem Sozialverband Deutschland den Inklusionslauf 2018. Viel Arbeit, die mir neben meinem Beruf großen Spaß macht.



Justo Cruz Bravo, Koordinator von Cuba Si:

Ein Höhepunkt der zahlreichen Aktivitäten in Vorbereitung des 60. Jahrestages der kubanischen Revolution - wir begrüßen in diesem Sommer unter anderen die Tochter von Che Guevara, die Kinderärztin Aleida Guevara, sowie den kubanischen Kosmonauten Arnaldo Tamayo Mendez - wird die traditionelle „Fiesta de Solidaridad“ am 28. Juli in der Lichtenberger Parkaue sein. Noch größer, bunter und vielfältiger ist das Angebot auf zwei Bühnen und im „Internationalen Dorf“ mit 60 Ständen. Viel Musik - darunter von der katalonischen Reggae-, Punk und Latin-Band „CHE SUDAKA“ - Ausstellungen, Vorträge, Diskussionen, ein lustiges Kinderfest und wieder eine Solitombola mit einem Flugticket nach Havanna als Hauptpreis stehen auf dem Programm. Speziell für junge Leute wird es eine Salsa Open Air Party geben. Wir freuen uns auf viele Besucher.



Die „Billige Prachtstraße“ kostet jetzt 17 Euro/m² netto kalt

Auf dem ehemaligen Bahngelände im Mittelbereich der Lehrter Straße in Moabit werden etwa 1050 Wohneinheiten neu gebaut. Der erste Bauabschnitt wird bereits bezogen: verkauft als Eigentumswohnungen neben der Straße, vermietet neben der Bahnstrecke. Die Groth-Gruppe hat die Mietwohnungen vor etwa einem

Jahr an einen Schweizer Investor verkauft, der für nicht weniger als 17 Euro/qm netto kalt vermietet!

chen im Baugebiet kritisiert. Statt Spielflächen im Gebiet anzubieten, soll der Spielplatz im „Zellengefängnispark“ aufgewertet werden. 74 Kitaplätze müssen für die neuen Einwohner bereitgestellt werden, davon liegen nur 24 im Gebiet. Für 50 Plätze erhält der Bezirk Geld, umliegende Kitas sollen erweitert werden. Das bedeutet mehr Baumasse, mehr Rendite.



Das stellte der „Verein für eine Billige Prachtstraße – Lehrter Straße e.V.“ als Träger des „B-Ladens“ fest, ein Ort, von dem aus die Nachbarschaft ihr öffentliches Leben organisieren kann. Hier finden zum Beispiel die monatlichen Betroffenenrats-Sitzungen statt, bei denen die neuen Bauplanungen besprochen werden. Der Laden steht verschiedenen Gruppen, die sich um die Verbesserung des Wohnumfeldes kümmern, zur Verfügung.

MITTENDRIN interviewte zu den Bauplanungen Susanne Torka (S.T.) und Jürgen Schwenzel (J.S.), die seit vielen Jahren den B-Laden betreuen und den Kiez kennen wie keine anderen.

Frau Torka, sind wenigstens ausreichend Anteile an Sozialwohnungen dabei?

S.T.: Nein, der städtebauliche Vertrag wurde schon vor der Einführung des kooperativen Baulandmodells erarbeitet, 40 Sozialwohnungen in einem Haus hat die Degewo von Groth gekauft, sie sind zum großen Teil bereits bezogen und 118 Wohnungen baut sie selbst nach den fertigen Plänen. Der Betroffenenrat hat im Verfahren die fehlenden Ausgleichsflächen

im Baugebiet kritisiert. Statt Spielflächen im Gebiet anzubieten, soll der Spielplatz im „Zellengefängnispark“ aufgewertet werden. 74 Kitaplätze müssen für die neuen Einwohner bereitgestellt werden, davon liegen nur 24 im Gebiet. Für 50 Plätze erhält der Bezirk Geld, umliegende Kitas sollen erweitert werden. Das bedeutet mehr Baumasse, mehr Rendite.

Der B-Laden kümmert sich auch um weitere Bauplanungen im Umkreis des Nachbarschaftsladens, z. B. um den „Experimentellen Geschosswohnungsbau in Berlin“ im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur der wachsenden Stadt (SIWA) in der Rathenower Straße 16 für Mieter mit Förderbedarf?

J.S.: Ja. Aber trotz schriftlicher Anfragen im Berliner Abgeordnetenhaus und der BVV ging es bis jetzt einfach nicht weiter. Doch hieß es bei der Betroffenenratssitzung am 5. Juni 2018, dass die Art der Zusammenarbeit zwischen Wohnungsbaugesellschaft Mitte und der Gesellschaft für Stadtentwicklung jetzt klar sei und der B-Plan auf den Weg gebracht werde.

Und wie sieht es mit der Nachnutzung landeseigener Gebäude an der Invalidenstraße aus?

S.T.: Dazu gab es einen tollen Vorschlag: an diesen lauten Straßen keine Wohnungen zu bauen, sondern dort Büros und den Polizeistandort zu konzentrieren. Für Wohnungsbau kann dann das jetzige Polizeigelände zwischen Krupp- und Perleberger Straße entwickelt werden. Die Idee gefiel Baustadtrat Gothe gut. Wir sind gespannt.

Die Fragen stellte Rainer Scholz

Kurznachrichten

► Bund ohne soziale Verantwortung

Der Bund, einer der größten Grund- und Immobilienbesitzer, privatisierte seit 2014 mindestens 34.000 Wohnungen, ca. die Hälfte seines Bestandes zum Höchstgebot. Damit trug er wesentlich zu den explodierenden Mieten bei. Im Zuge des Flüchtlingsgipfels wurde 2015 die verbilligte Abgabe von bundeseigenen Grundstücken an Kommunen – zu Zwecken des sozialen Wohnungsbaus – durchgesetzt. Doch von den 1475 Liegenschaften, welche die Bima im letzten Jahr verkaufte, gab sie lediglich sieben verbilligt ab. Nur 334 Sozialwohnungen sollen auf diesen Flächen entstehen. Das entspricht knapp 0,5 Prozent der jährlichen Verkäufe.

► Umbau der Karl-Marx-Allee ist in vollem Gange

Geplant sind eine Verbreiterung der Radwege und die Reduzierung der Autofahrspuren auf jeweils zwei pro Richtung. Der Mittelstreifen wird auf zehn Meter reduziert und bietet zukünftig nur noch Platz für 160 Parkplätze. Die Gehwege werden unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes saniert. Die Karl-Marx-Allee bekommt 35 Sitzbänke und Straßenlaternen im Design der 1960-er Jahre. Der gesamte Umbau soll 2020 fertig sein und wird 13,2 Millionen Euro kosten.

► Neue Milieuschutzgebiete in Wedding

Das Bezirksamt Mitte plant vier weitere Gebiete in Wedding unter Milieuschutz zu stellen, um langjährige Bewohner*innen vor Verdrängung zu schützen. Für die Quartiere der Kattegatstraße und der Reinickendorfer Straße wurde eine Erhaltungsverordnung im Juni beschlossen. Zukünftig brauchen dort Hauseigentümer eine Genehmigung, wenn sie modernisieren und Wohnungsgrundrisse verändern wollen. Für die Gebiete Soldiner Straße und Humboldthain-Nordwest erfolgt noch eine juristische Prüfung. In Mitte gibt es bereits fünf Milieuschutzgebiete, zwei in Moabit und drei in Wedding.

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Bei anderen gelesen

► Liberale Demokratie in Europa

In Europa gedieh die liberale Demokratie auf den Trümmern des zweiten Weltkrieges, sie stand für den Optimismus der Nachkriegsjahre, als der Wohlstand wuchs. Unsere Probleme heute sind andere als damals. Heute geht es um die Folgen des globalen Kapitalismus, der technologischen Entwicklung. Um die Migration und die Ängste vor den Fremden. Wir konnten es mal. Sich daran zu erinnern, wird nicht mehr reichen.

„Der Spiegel“ Nr. 24, 09.06.2018

► Unerbittliche kapitalistische Logik

Das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirksamkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse. Das heutige „Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse“ ist in seinem Wesen durch die abstrakte Logik der Wertverwertung – das Kapital – bestimmt. So betrachtet ist Donald Trump Vollzugsperson dieser unerbittlichen kapitalistischen Logik und ihrer Widersprüche – und zwar ganz und gar konkurrenzgerecht ausdrücklich für das Verwertungszentrum USA. Lesermeinung von Georg Buchhalter, Dresden, in „Neues Deutschland“, 20.06.2018

► Eiszeit Deutschland - Russland

In den vergangenen Jahren haben sich der Westen und Russland entfremdet. Die Atmosphäre erinnert an Zeiten des kalten Krieges. Die Nato expandierte Richtung Osten. Russland verleibte sich die Krim ein und wurde mit Sanktionen belegt. Ohne Not demütigte und reizte Obama mit seiner Äußerung von der „Regionalmacht“ Russlands Putin. Es gibt innerhalb der EU eine Vielzahl von Politikern, besonders Wirtschaftspolitikern, die aus einem Spannungsverhältnis zwischen Europa und der Russischen Föderation ihre Profite schöpfen. Das Hauptproblem besteht leider darin, dass die deutsche Politik sich nicht frei macht von ihrer vasallenhaften Bindung an die USA. Wir sollten unsere Interessen im Auge behalten.

„Cicero“, 29.05.2018

► Falsches Signal der Bundesregierung

Die Bundesregierung macht bei dem Spiel mit dem Krieg und der Ankurbelung der Rüstungsschraube kräftig mit. An der Aufrüstung der Bundeswehr wird kräftig weiter gefeilt. Auch die Haltung der Bundesregierung zu Atomwaffen gehört dazu. So sendet sie ein mehr als falsches Signal. Lesermeinung von René Osselmann, Magdeburg, in

„RotFuchs“, Juni 2018

Ein neuer Rahmen für das Mahnmal in der Levetzowstraße

Es geschah vor aller Augen: 1941 wurde die Synagoge in der Moabiter Levetzowstraße vom Nazi-Regime in ein Sammellager umgewandelt.

Die 1914 eingeweihte Synagoge war mit über 2.000 Plätzen einst eine der größten der Stadt gewesen. Nun wurden hier Berliner Jüdinnen und Juden vor dem Transport in Todeslager wie Lodz, Minsk oder Auschwitz interniert – bis 1945 mehr als 37.000 Menschen, während die jüdische Gemeinde zur Aufstellung der Transportlisten und

listet jeden der 63 von Berlin ausgehenden Deportationszüge auf. Bodenreliefs erinnern an frühere jüdische Gotteshäuser in Berlin. Auf einer Rampe erhebt sich ein Marmorblock, aus dem die schemenhaften Formen geschundener Menschen geschlagen sind, in Richtung eines stählernen Güterwaggons. Ein bedrückendes Ensemble, das den Betrachter zur Auseinandersetzung fordert.

Diese Wirkung wird jedoch gemindert, seit 2010 der Spielplatz umgestaltet wurde. Die Kürzung der Hecken, die Einzäunung



Fehlprojektion am Opferdenkmal

Versorgung der Gefangenen gezwungen war. Den Weg zu den Deportationsbahnhöfen Putlitzstraße, Grunewald und Anhalter Bahnhof mussten diese oft zu Fuß zurücklegen – mitten durch die Stadt, ohne Versuche des Regimes, die Verbrechen vor dem Rest der Bevölkerung zu verbergen.

Die im Krieg zur Ruine gewordene Synagoge wurde 1955 abgerissen. Seit 1960 erinnert an der Ecke Jagowstraße eine Gedenktafel an das Geschehene. Das Grundstück wurde durch den Westberliner Senat angekauft und ein Spielplatz errichtet. Als Ergebnis eines Wettbewerbs des Senats wurde 1988 von dem Bildhauer Peter Herbirich sowie den Landschaftsarchitekten Theseus Bappert und Jürgen Wenzel eine Gedenkstätte gestaltet. Eine eiserne „Flammenwand“ in Höhe der einstigen Synagoge

und vor allem die Errichtung einer hohen bunten Kletteranlage direkt hinter der „Flammenwand“ drängten die Denkmalanlage optisch an den Rand. Um der Bedeutung des Ortes wieder gerecht zu werden, hat der Bezirk nun gemeinsam mit Bappert und Wenzel ein Neugestaltungskonzept erarbeitet, das die Entfernung der Kletterwand und die Pflanzung neuer Hecken vorsieht, welche mit der Zeit bis zu elf Meter hoch wachsen sollen. Die Stätte wird damit wieder in einen würdevolleren Zustand zurückversetzt – begrüßenswert nicht zuletzt, weil sie als Ort alljährlicher Gedenkundgebungen und Ausgangspunkt von Gedenkmärschen eine wesentliche Rolle für die antifaschistische historische Bildungsarbeit im Bezirk spielt.

Markus Wollina

Berlins erster Fahrradkrieg oder: Wem gehört der Bürgersteig?

Manche nennen es Radfahr-, andere Mobilitätsgesetz, Autofahrer empören sich. Wir Fußgänger werden erwähnt, müssten aber eigentlich vor Auto und Rad geschützt werden!

Nicht nur am unter- und überirdisch gut vernetzten Potsdamer Platz, wo Fahrräder zwischen Bushaltestelle und Wartenden fahren, auch am Weinbergsweg/Brunnenstraße, wo dem Rad gar ein Stück Gehweg zugebilligt wird und anderswo. Sie klingeln, rasen, passen in keine volle Straßenbahn, versuchen es trotzdem. Dank Sicherheitsdienst bleibt der Innenraum des Sony Center fahrradfrei, ansonsten scheint in der Mitte Berlins der erste Fahrradkrieg zu toben. Wachsender Profit lockt private Anbieter, schleichend wird öffentlicher Raum ökonomisiert. Ob lokal, global, regional, sie konkurrieren giftgrün, knallgelb, orange, blau, grau, schwarz, weiß, gemustert. Gelbe Räder sollen leicht zu knacken sein, Apps loggen ein, Kreditkarten zahlen, damit sind LIME-e, ofo, call-a-bike, DONKEY REPUBLIC, mobike, DEEZER next bike, Lidl go-green, Berlin-on-Bike zu

besteigen. Tret- und E-Räder bieten auch Bahn, Fahrradläden, Hostels, Hotels und Spätis. Segway prüft das eigene Alter, Leih-Scooter erfordern Führerscheine. Doch meist steht, lehnt, liegt, fällt und verstellt der wachsende Fuhrpark längs und quer Bürgersteige, Wände, Laternen, Tische vor Cafés. Nicht zu vergessen eigene, verrostete, vergessene, Leih- und private Lasten-Räder, rad-fahrende Lieferanten, bald auch Räderkarren für auto-freie Paketdienste. Straßentaugliche Roboter werden folgen. Nicht nur für Lustgarten, Alex, Hackescher Markt, Hackesche Höfe, Heckmann Höfe, Rosenthaler Platz und Bürgersteige der Haupt- und Nebenstraßen gilt: Es lässt sich auch ohne Licht, Helm und StVO mit dem Rad rasend, gemächlich plaudernd, mit Handy, in-ear und anderen Kopfhörern, allein, paarweise, mit Kind, als Gruppe fortbewegen. Spielende Kinder, redende Nachbarn, gealterte, behinderte oder Fußgänger wie ich? Egal wie beengt, das Rad kommt durch. Auto weg, Fahrrad her? Das Lehrstück zeigt, wie eine gute Idee, schlecht gemanagt, zur allgemeinen Plage wird, wenn politische Taktik



Stahlrosse, wohin man blickt

planerische Weitsicht verhindert.

Letztens kniete am lichten Alexanderplatz ein schwächlicher junger Dieb. Er leerte vor fünf kräftigen Polizisten und drei älteren Damen den Rucksack. Am Tiergarten sah ich zwei Uniformierte hoch zu Pferd. Bilder wie aus uralten Zeiten.

Irene Runge



Sommermärchen oder Albtraum?

Wohin sollen wir gehen
wenn es dunkel und wenn es kalt wird?
Was sollen wir tun
und denken
angesichts des Endes?
Und wohin tragen wir
unsere Fragen und den Schauer aller Jahre?
Was geschieht
wenn Totenstille eintritt?

Orlando El Mondry

Aus dem Abgeordnetenhaus

Unsere Schulen endlich auf Vordermann bringen

Als zentrales Projekt bei der Modernisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge in unserer Stadt haben wir zum einen den milliarden schweren Sanierungsstau an bestehenden Schulgebäuden abzarbeiten und zum anderen auch dringend benötigte etwa 50 neue Schulen zu schaffen.

Nach vielen Jahren sinkender Schüler*innenzahlen und auch des Sparens haben sich die Zeiten geändert. Seit 2017 geht die neue Koalition diese Aufgabe mit Nachdruck an. Das Gesamtvolumen dafür beträgt nach heutiger Planung etwa 5,5 Milliarden Euro für die kommenden zehn Jahre.

Dabei haben sich Land und Bezirke auf eine Arbeitsteilung geeinigt: die Budgets der Bezirke für Bauunterhaltung und Sanierung werden stark aufgestockt. Besonders kostspielige Maßnahmen und teure Neubauten werden vom Land durchgeführt. Das Land hat dabei für Baumaßnahmen, die über 10 Millionen Euro kosten werden, die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE ins Boot geholt. Diese soll mit etwa 1,2 – 1,5 Mil-

liarden Euro etwa ein Fünftel der Gesamtsumme verbauen. Der Grund für diese öffentlich-öffentliche Partnerschaft besteht zum einen in der Erweiterung der Planungs- und Baukapazitäten. Für ein derart riesiges Investitionsvorhaben, das noch dazu gleichzeitig mit anderen Vorhaben etwa beim Wohnungsbau oder dem Ausbau der Radinfrastruktur umgesetzt werden soll, brauchen die Verwaltungen schlicht eine Ergänzung. Die HOWOGE hat sich als Bauherrin und Entwicklerin von Quartieren bewährt, sie baut auch Kitas. Zum anderen soll eine Konstruktion gewählt werden, die die Kredite der HOWOGE nicht dem Land Berlin zurechnet. Ab 2020 gilt in Berlin die Schuldenbremse, eine Kreditaufnahme des Landes für Investitionen ist dann nicht mehr möglich. Die von der Gesellschaft im Rahmen eines 25 Jahre geltenden Erbbaurechts gebauten Schulen (nicht die Grundstücke) werden von den Bezirken angemietet.



Baustellen allerorts

Natürlich birgt eine solche Konstruktion auch Risiken. Besonders dann, wenn die HOWOGE in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten oder eine zukünftige andere Koalition auf Privatisierungskurs sein sollte. Daher werden wir sowohl auf größte Transparenz in der vertraglichen Beziehung zwischen HOWOGE und Bezirken achten, als auch eine Privatisierungsbremse verankern.

Das größte Risiko jedoch wäre, wenn Rot-Rot-Grün an der Mammutaufgabe der Schulsanierung und auch des Neubaus scheitert.

Tobias Schulze

BÜRGER*INNENDIALOG

Anett Vietzke und Katharina Mayer

Mitglieder der Linksfraction in der
BVV Berlin Mitte laden ein

JEDEN 2. FREITAG IM MONAT

16:00 – 18:00

im LINKSTREFF

Malplaquetstr. 12
13347 Berlin - Wedding

Sprechstunde zu Datenschutz und Computersicherheit

Was kann man tun, um seine Kommunikation und seine Daten zu schützen? Einmal im Monat findet eine Beratung zu den Themen Datensicherheit, Schutz vor Überwachung und Computerviren, Verschlüsselung, Vorratsdatenspeicherung oder sicherer Kommunikation statt. Technisches Wissen wird nicht vorausgesetzt – einfach vorbeikommen und das betreffende Gerät mitbringen!

**Jeden 2. Donnerstag im Linkstreff, zwischen 19 und 21 Uhr,
in der Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin**

Wahlkreisbüro Tobias Schulze,

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449(Bus 142 Kiatschoustraße, S- und U-Bahnhof
Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße)

buero.schulze@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr
Mittwoch 13 – 18 Uhr
Und nach Vereinbarung!www.sprengbuero.de
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Die Linke – Fraktion in der BVV

Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro
finden

**an jedem Mittwoch von 15 bis 17
Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte,
Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de



BÜRGERBÜRO BLUHM – SEIDEL – WOLF
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77
kontakt@carola-bluhm.de / www.carola-bluhm.de
Sozial- und Mietenberatung
Do 17-18 Uhr: 16.8. / 30.8. / 13.9. / 27.9.

Das ist das Letzte

Mein 93-jähriger Freund Heinrich wurde – nahe Alex – von einem tollkühnen Radfahrer nach der Devise: „Wir haben immer GRÜN!“ von hinten umgefahren. Er kam mit einem Riss im Beckenknochen ins Krankenhaus und muss nun wieder laufen lernen. Die Verbreiterung der Radwege in der Berliner City ersetzt nicht den § 1 der Verkehrsordnung: Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme! Das hat aber mit der vorherrschenden Moral zu tun. In einer Konkurrenz-Gesellschaft gilt die „Ellenbogenfreiheit“ als Gewohnheitsrecht. Da ist Rücksichtnahme meist „geschäftsschädigend“. Die mehr auf das Gemeinwohl konzipierten Straßenzüge der Ostberliner Bezirke gestatten demnächst auch in der Karl-Marx-Allee „dreispurige Fahrradwege“ für ganz Eilige, die freihändig ihr Handy abfragen wollen ... Nur gut, dass wenigstens die Wohnpaläste der Trümmerfrauen und Bauarbeiter unter Denkmalschutz stehen und restauriert wurden.

Ein neuer Bildband mit 190 Fotos über das Schicksal des Berliner Stadtkerns zwischen 1850 und 2018 von Benedikt Goebel trägt den Titel „MITTE“ und kommt zu schmerzhaften Feststellungen: Hier herrschen seit ewigen Zeiten die Raupenbagger. Von den etwa 1.600 Bauten, die es 1850 im Stadtkern gab, haben nur 25 überlebt. Herrscher und Bomber haben abgeräumt. Die Nachkriegs-Stadtplaner hatten mehr Herz für Autos als für Kiez-Romantik. Das Nikolaiviertel und die Weberwiese sind löbliche Ausnahmen. Dafür wurden nach 1990 von den neuen Amtsträgern das Ahornblatt, der Palast der Republik, das Außen- und das Bauministerium sowie das Marx-Engels-Forum dem politischen Fanatismus der Befreier geopfert. Überall gähnt Ödnis. Aber dafür gibt es nun tausende Leihfahrräder, mit denen auch Ungeübte schnell durch das Zentrum fahren können. Leute, habt doch mehr Erbarmen miteinander!

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 26.06.2018

Ausgabetag für Nr. 09/2018 – 06.09.2018

Rent a tent!

Für 260 € pro Monat konnte man sich auf „WG-Gesucht“ einen Schlafplatz auf einem Balkon mieten. Normalerweise könnte man davon ausgehen, dass so eine Anzeige als



Scherz gemeint ist. Doch im heutigen Berlin, dass von Miethaien und Spekulanten geplündert wird, verwundert es nicht, wenn Menschen, die einen Balkon oder eine 2m² Abstellkammer zur Verfügung haben, auch

Wir gratulieren im Juli zum Geburtstag!

Zum 97. Karl-Heinz Schleinitz
zum 95. Leonhard Kossuth
zum 93. Elli Glöckner, Adelheit Telle,
Karlheinz Tomaszewsky
zum 92. Dora Schmidt, Erika Teltow
zum 91. Jannek Streber, Inge Weber
zum 90. Heinrich Swoboda
zum 88. Edeltraut Neumann,
Käthe Streber
Gertraud Theuring,
Gisela Zachmann
zum 87. Werner Klage
zum 86. Ruth Breden
zum 85. Nina Freudenberg,
Ruth Rümmler
zum 83. Robert Michel,
Rudolf Schmidt,
Marianne Wegrich
zum 82. Ellen Richter, Ingrid Stingl,
Dietmar Weidensdorfer,
Gisela Weißbrodt
zum 81. Margot Marz,
Barbarina Wiench
zum 80. Klaus Jacob, Brigitte Poppe
zum 70. Simone Rothe-Hartau

etwas Geld verdienen wollen. Das sind eben die Blüten, die passieren, wenn man das Grundrecht auf Wohnen außer Kraft setzt, damit Kapitalanleger Milliardengewinne durch das Auspressen von Mieter*innen generieren können. Egal ob man Student, Hartz IV-Empfänger oder einfach nur jemand ist, der oder die durchschnittlich verdient: Wohnen wird in Berlin unbezahlbar – weil die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD es zulässt und keine Gesetze erlässt, um die Mieter*innen in Berlin und ganz Deutschland vor Miethaien und Spekulanten zu schützen.

Andreas Böttger

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats**
von 17.00 bis 19.00 Uhr im
Nachbarschaftszentrum
„Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität,
Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats**
im Kreativhaus, Fischerinsel 3,
10179 Berlin.

**an jedem ersten, dritten und fünften
Mittwoch des Monats**

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV)
sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht
durch die **Rechtsanwältin**

Nina Jenny Soest und Christian Wisch

von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)
Linkstreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin,
Tel.: 28705751

jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14.00 bis 16.00 Uhr
kostenlose Mieterberatung
im Karl-Liebnecht-Haus, Raum 523,
Kleine Alexanderstraße 28, 10178

Wir gratulieren im August zum Geburtstag!

Zum 91. Günter Paulus
zum 90. Ruth Schirm
zum 89. Gisela Bernitt
zum 88. Ilse Hauke, Ursula Prager
zum 85. Resel Wolfrum
zum 84. Helga Griesche,
Max Lamprecht,
Wolfgang Renner
zum 83. Gisela Jungklaß
zum 82. Ursula Gladitz,
Susanne Kiewel,
Dorothea Seidel
zum 81. Klaus Seidel
zum 80. Fred Knittel